

**Medienmitteilung vom 17. Oktober 2013**

## **Verantwortungslose Steuersenkungspolitik verursacht Defizite Finanzpolitischer Totalschaden wegen bürgerlicher Steuerpolitik**

**Die Grünen nehmen mit grosser Sorge und Verärgerung von der Trendrechnung zu den Kantonsfinanzen Kenntnis. Heute zeigen sich die Auswirkungen der verantwortungslosen Steuersenkungspolitik der bürgerlichen Parteien schonungslos. Die neue Defizitspirale wurde von den bürgerlichen Parteien ganz bewusst in Kauf genommen.**

Nachdem bereits die Kantonsrechnung 2012 nach 14 positiven Rechnungsabschlüssen in Folge mit einem Defizit von 196 Mio. Franken abgeschlossen hatte, droht gemäss einer Medienmitteilung des Regierungsrates nun auch für das Jahr 2013 ein Defizit in der Grössenordnung von 170 Mio. Franken. Ursache dafür sind gemäss dem Regierungsrat primär tiefere Steuererträge. Der Regierungsrat reagiert mit einem Ausgabenmoratorium und einem Verzicht auf die Besetzung vakanter Stellen auf die Hochrechnung.

Wieso kam es zu dieser finanzpolitischen Trendwende? Heute gilt es, die Ursache dafür klar und deutlich zu benennen. Die im Jahr 2012 in Kraft getretene Steuergesetzrevision (beschlossen im März 2010) führte ab dem Jahr 2012 zu jährlichen Ertragsausfällen für den Kanton Bern von 203 Mio. Franken. Ohne Steuergesetzrevision hätte es 2012 demnach kein Defizit gegeben. Diese Entwicklung war bereits beim Beschluss über die Steuergesetzrevision klar absehbar. Die Grünen warnten damals vor einem drohenden „finanzpolitischen Totalschaden“. Die bürgerliche Antwort lautete: „Wir sind nicht gewillt, einfach die Finanzplanzahlen des vergangenen Novembers als Grundlage anzunehmen.“ Die bürgerliche Mehrheit hat bewusst die Augen vor der Realität verschlossen, um eine ideologisch begründete Steuersenkung durchzudrücken; die Verantwortung für die neue Defizitspirale und die dadurch begründete Spar- und Abbaupolitik liegt zu 100 Prozent bei ihr.

Es ist auch vor diesem Hintergrund unverständlich und dumm, dass dieselben Parteien den steuer- und finanzpolitischen Kollisionskurs unbeirrt fortsetzen. Der Gegenvorschlag zur Handänderungssteuer-Initiative wird den Kanton Bern einen weiteren zweistelligen Millionenbetrag kosten.

Die Folgen dieser fehlgeleiteten Politik sind verheerend: Die Angebots- und Strukturüberprüfung ASP mit brutalen Sparmassnahmen bei Menschen mit einer Behinderung, bei der Spitex oder in der Bildung sind die direkte Folge der gescheiterten Steuerpolitik. Auch wenn sich die SVP heute verbal gegen den Spitex-Abbau „wehrt“, so trägt doch genau diese Partei die Hauptverantwortung für den heute vorgeschlagenen Abbau.

Wie getrübt der Blick der bürgerlichen Finanzpolitiker mittlerweile ist, zeigt auch der Umstand, dass die angeblich aufgeblähte Berner Kantonsverwaltung bereits heute die

am zweitgünstigsten arbeitende Kantonsverwaltung in der ganzen Schweiz ist. Dass mit dem Verbot der Besetzung von Stellenvakanzen nun ausgerechnet jene bestraft werden, die heute einem hohen Druck standhalten und vorbildhafte Leistungen für den Kanton Bern erbringen, ist nur noch zynisch.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat,  
Tel. 079 263 47 68